

Pulsnitzer Tageblatt

Verantwortl. Red. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Zeitspalte (Masse's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelandet der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgaaten des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhohndorf, Bretinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lehendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. Försters Erben (Zugl. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 31

Montag, den 6. Februar 1928

80. Jahrgang

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Die Mütterberatung) findet am Mittwoch, den 8. Februar, nachm. 3—4 Uhr im Rathause, 1 Treppe, statt. Arzt wird anwesend sein. — Der Mütterabend wird am Donnerstag, den 9. Februar, abends 8 Uhr im Pfarrhaus (Konfirmandenzimmer) abgehalten.

— (Pastoren und Kantoren.) In Dresden hat sich vor einem Jahre eine zwanglose Arbeitsgemeinschaft der Pastoren und Kantoren des Kirchenkreises der Stadt gebildet, die immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die Geschäftsführung hat der evangelische Landesprekverb. Einmal im Monat findet eine Versammlung statt. Nach einem wertvollen Referat eines Pfarrers oder eines Kantors finden lebhafte Aussprachen statt, die sich auf seltener Höhe bewegen, oder es wird herzerfrischend gemeinsam gesungen. Dabei kommt es zu innerer Zühlungnahme untereinander und zur Durcharbeitung, zur Auswahl zum Verständnis und zur Belebung der wertvollen alten Choralmelodien. Es ist zu hoffen, daß die Arbeitsgemeinschaft in anderen Städten oder in den Kirchenkreisen des Landes Nachahmung findet.

— (Der Enkel Jahns' beim 14. Deutschen Turnfest.) Der in den Vereinigten Staaten von Nordamerika als Turnlehrer lebende Friedrich Ludwig Jahn, der einzige Nachkomme des Turnvaters Jahn, wird mit seiner Familie das 14. Deutsche Turnfest in Köln besuchen. Ein weiterer verdienter Turner, der Begründer und Vorsitzende der Turnerstaff von Rio Grande do Sul Mloys, Friedrichs, der in diesen Tagen seinen 60. Geburtstag feiert und aus diesem Anlaß die Ehrenurkunde der Deutschen Turnerschaft erhielt, wird ebenfalls beim Deutschen Turnfest die Turnerstaffs führen und den Gau und seinen großen Verein, den Turnerbund Porto Alegre vertreten.

— (Dritter Sächsischer Berufswettkampf.) Um die Meisterschaft im Beruf geht der vom Jugendgau Sachsen im Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) ausgeschriebene 3. sächsische Berufswettkampf. Der Wettkampf wird am 19. Februar von allen Gruppen des Gau's durchgeführt. Es handelt sich um kein Examen und um keine Prüfung; es soll aber jedem die Möglichkeit gegeben werden, seine Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete des Berufs- und Allgemeinwissens festzustellen. Besonders gute Leistungen werden mit wertvollen Preisen ausgezeichnet. Teilnehmern können alle männlichen und weiblichen kaufmännischen, technischen Büro-Angestellten und Lehrlinge ohne Rücksicht auf ihre Bundeszugehörigkeit. Die Teilnehmer dürfen nicht über 21 Jahre alt sein. Die Veranstaltung hat im Vorjahre in den daran beteiligten Kreisen begeisterte Aufnahme gefunden. Eltern und Lehrern sollten ihre Söhne und Töchter, ihre Lehrlinge und Lernenden auf die Veranstaltung immer wieder aufmerksam machen und sie zur Teilnahme anregen. Die Einzelheiten sind durch die Vertretung des Bundes an den einzelnen Orten zu erfahren, oder durch den Jugendgau Sachsen im GdA, Leipzig, Zeißer Straße 10.

Friedersdorf. (Goldene Hochzeit.) Am 3. Februar haben die Eheleute Vergmann in Friedersdorf die Goldene Hochzeit gefeiert. Ihre Einsegnung fand am Sonntag mittag im Hause statt. Herr Pfarrer Schulze überreichte dabei als Gabe der Kirchengemeinde eine Ehrenbibel und das evang.-luth. Landes-Konfessionarium ließ eine Ehrenurkunde aushändigen. Zu der Feier hatten sich Kinder und Kindeskinde eingeschunden. Wir wünschen dem Paare für die Zukunft alles Gute und Gottes reichen Segen.

Friedersdorf. (Nach dem Maskenball in den Tod) gegangen ist der beim Mühlenbesitzer Ziller beschäftigte 22jährige Dienstknecht Erich Kühne von hier. Am Sonntag früh fand man ihn auf der Treppe im Hause seines Dienstherrn erhängt auf. Nach einem hinterlassenen Zettel ist Viebesummer die Ursache zu dem unseligen Schritte des all-gemein als ruhig und arbeitsam bekannten jungen Mannes. — (Brände.) Am Freitag früh entstand in dem großen Stall- und Scheunengebäude der zwischen Somnitz und Ottendorf-Ostrilla gelegenen Buschmühle Feuer, das in kurzer Zeit das ganze Gebäude ergriff. Das Vieh konnte gerettet werden. — Am Freitag früh brannten das Wirtschaftsgebäude und die Scheune des Gastwirts Schenderlein in Ursgrün bis auf die Grundmauern nieder. Dabei kamen 8 Stück Großvieh um.

Der Anschluß Österreichs gefährdet

durch eine etwaige Völkerbundverlegung nach Wien

Parker Gilbert fordert 50 Milliarden als endgültige Reparationssumme — Der Observer (London) tritt für die Rheinlandräumung ein

Durch eine Veröffentlichung des Organs der Oesterreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft ist bekannt geworden, daß man in Wien die Befürchtung hat, daß die österreichische Regierung diplomatische Verhandlungen über die Verlegung des Völkerbundes von Genf nach Wien führt. Schon vor einiger Zeit ist von amerikanischer Seite mit einer gewissen Unterstützung durch die Pariser Diplomatie der Vorschlag gemacht, daß der Völkerbund aus dem stillen Genf nach Wien verlegt werde und daß an Stelle eines Neubaus für den Völkerbund die Gebäude der Hofburg in Wien für die Vollerfassungen des Völkerbundes und den großen Büroapparat ausgenutzt würden.

In Wien hat man mit Recht die Befürchtung, daß für diesen Vorschlag nicht nur technische Gründe maßgebend sind, sondern daß sich dahinter eine ganz bestimmte politische Absicht verbirgt. Der Völkerbund kann naturgemäß nur in einem Staat verlegt werden, dessen Neutralität für alle Zeiten gesichert ist. Man behauptet in Wien, daß der österreichischen Regierung für die Verlegung des Völkerbundes nach Wien die Bedingung gestellt würde, auf alle Zeiten auf den Anschluß an Deutschland zu verzichten.

Parker Gilbert fordert 50 Milliarden als endgültige Reparationssumme?

Der „Montag“ gibt eine Meldung der New Yorker Times aus Paris wieder, nach der Parker Gilbert als er von der Reparations-Kommission sprach an 50 Milliarden Goldmark gedacht habe, obwohl er die Summe nicht aus gesprochen habe. Als der Reparationsagent aus Kreisen der Reparationskommission darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß es Sache der Alliierten Regierungen sei, die Summe festzusetzen, habe er geantwortet, daß er seinen Pflichtenkreis nicht überschreiten hätte und daß er sehr wohl wisse, daß die alliierten Regierungen für die Festsetzung der Endsumme zuständig seien, da er aber als Reparationsagent für die Ausführung des Dawesplanes verantwortlich sei, habe er auch das Recht darauf aufmerksam zu machen, daß Deutschlands Auslandskredit unter der Unsicherheit leide, die darin bestehe, daß es immer noch nicht wisse, was es endgültig zu zahlen habe. Der Vertreter Frankreichs habe daraufhin die Einwendung gemacht, daß Deutschlands Reparationsverpflichtung 132 Milliarden Mark betrage. Gilbert habe ihm geantwortet, daß drei Klassen von Bonds geschaffen worden seien, Klasse A und B die 50 Milliarden und Klasse C die den Rest darstellten. Klasse C dürfe aber nur herausgebracht werden, wenn die ersten beiden Klassen bezahlt worden seien.

Der „Observer“ tritt für die Rheinlandräumung ein

London. Der „Observer“ betont in einem kurzen Kommentar zu den Reden Dr. Stresemanns und Briand in der vergangenen Woche, daß die Erklärungen beider Staatsmänner erneut den Vorhang vor einer alten Szene lüfteten. Erneute Diskussionen dieser Art könnten keinen Schaden anrichten. Locarno und guter Menschenverstand hätten seit langem die völlige Räumung des Rheinlandes bedingt.

Ramenz. (Stand von Tierseuchen.) Der amtliche Bericht des Landesgesundheitsamtes über den Stand von Tierseuchen in Sachsen am 1. Februar d. J. verzeichnet für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Ramenz wie im vorigen Bericht: Ansteckende Blutarmit der Einhufer in 4 Gemeinden und 4 Gehöften, sowie Faulbrut der Vienen in 1 Gemeinde und 1 Gehöft.

Bischofswerda. (Die alljährliche Tagung der Chorleiter des Sängerbundes der Sächsischen Oberlausitz) fand in diesem Jahre in Bischofswerda unter dem Vorsitz des Bundeschormeisters W. A. Richter

Teilweise Wirtschaftsverhandlungen mit Polen in Berlin.

Berlin. Nach der Rückkehr des Leiters der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nach Berlin werden die Verhandlungen mit Polen zunächst in der Form weitergeführt, daß die Kommission für Zollfragen in Warschau ihre Beratungen zunächst fortsetzt. Die Kommissionen für die Kohlenfrage und für die Veterinärfragen sind nach Berlin verlegt.

Nach wie vor macht in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen die Frage der Valorisierung der polnischen Zölle die allergrößten Schwierigkeiten da weder die polnische Regierung noch die polnische Delegation bis jetzt hinreichende Erklärungen abgegeben haben.

Wiederaufnahme der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

In dieser Woche treffen in Berlin mehrere Beamte des Handelskommissariats und des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetregierung ein, um mit dem Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes, Ballerath, und mehreren anderen Mitgliedern des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums über wirtschaftliche Fragen zu verhandeln.

An diesen Verhandlungen werden auch Vertreter der deutschen Industrie und des deutschen Handels sowie Vertreter der Handelsvertretung der Sowjetregierung in Berlin beteiligt sein.

Der Zweck der Besprechungen

Es ist eine Aussprache über die technischen Grundlagen der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis der bestehenden Verträge. Bekanntlich haben die deutsch-russischen wirtschaftlichen Verhandlungen und auch die zwischen Deutschland und Rußland getroffenen Kreditabkommen in keiner Weise die Hoffnungen der deutschen Wirtschaft erfüllt.

Deutsch als offizielle Verhandlungssprache beim Internationalen Arbeitsamt.

Genf. Beim Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes brachte der österreichische Arbeitervertreter Hueber namens der Arbeitnehmergruppe den Antrag ein, die deutsche Sprache als dritte offizielle Verhandlungssprache neben der englischen und der französischen in den sämtlichen Verhandlungen und Tagungen sowie allen Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes einzuführen. Der Präsident der Arbeitnehmergruppe, der französische Arbeiterführer Jouhaux, unterstützte den Antrag, der der ständigen Reglementskommission zur Prüfung überwiesen wurde.

Deutsch-schweizerisches Arbeitslosenabkommen.

Basel. Zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich ist in Bern ein Uebereinkommen über die Arbeitslosenversicherung der sogenannten Grenzgänger abgeschlossen worden. Grenzgänger sind Leute, die in einem der beiden Staaten wohnen und im anderen arbeiten. Das Abkommen sieht vor, daß die Grenzgänger von der Arbeitslosenversicherung des Wohnstaates erfasst und an ihrem Arbeitsort nicht zu Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung herangezogen werden sollen. Das Uebereinkommen tritt einen Monat nach der Ratifikation in Kraft.

statt. Ihr ging eine Besprechung der Kreischormeister voraus. Die Anwesenden billigten die Tagesordnung und die vorgelegten Maßnahmen. Zu der Versammlung waren laut Anwesenheitsliste über 100 Herren aus allen Teilen der Lausitz erschienen. Nach Begrüßung der Erschienenen, unter denen sich auch der Bundesvorsitzende befand, und nach einem Rückblick auf die musikalische Arbeit der Bundesvereine im Jahre 1927 hielt der Bundeschormeister einen Vortrag zum Hauptpunkte der Tagesordnung: Das Schubertjahr und die Bundesvereine. Durch Illustration am Klavier unterstützt, behandelte er zunächst die Original-Chorkompositionen des

